

# Volkswacht

für Schlesien

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Bismarckstr. 4/6, durch die Filial-Expeditionen: Neue Graupenstr. Nr. 5, durch die Zweigstellen: Zigarrenstraße 14, Matthesstraße 140, sowie durch alle Auslieferungsbüros zu beziehen. Preis: 10. November 0,40 Goldmark.

Organ für die werftätige Bevölkerung  
Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2  
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.  
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5832.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 30 Pf., auswärts 45 Pf., auswärts 12 Pf., Anzeigen unter Zeit 40 Pf., auswärts 45 Pf., Stellenangebote 4 Pf., Anzeigenanzeigen, Stellengesuche, Verleumdungs-, Verleumdungs- und Wohnungs-Anzeigen 3 Pf., kleine Anzeigen pro Wort 1 Pf., das letzte Wort 2 Pf., Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Bismarckstr. 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

## Gegen Thüringen statt gegen Bayern?

### Reinhardt und Haffe marschieren im Norden Thüringens auf.

Weimar, 6. November. (Eigener Drahtbericht.) In der vergangenen Nacht sind die Truppen des Generals Reinhardt in Thüringen eingetroffen. Wo einem Aufmarsch an der thüringisch-bayrischen Grenze, wie es angekündigt war, kann jedoch keine Rede sein. Zum großen Erstaunen, ja zur Enttäuschung der thüringischen Bevölkerung, marschierte die Reichswehr ebensoweit nördlich des Thüringer Waldes auf, als sie südlich des Thüringer Waldes stehen mußte. In der Frühe des Dienstag sind 3 Bataillone Infanterie und eine Eschelon Kavallerie unter Oberst Brendel in Götzha eingetroffen. Eine der ersten Handlungen dieser Truppe war die Verhaftung eines der Redakteure der kommunistischen Zeitung, ohne daß ein unmittelbarer Anlaß dafür vorlag. Auch wurde sofort noch Hundertschaften und deren Waffen gequartiert, die die Reichswehr vermutete. Andere Truppenteile sind in Götzha nördlich von Weimar, Buchholz, Mülsdorf, Gundersdorf usw. eingetroffen. Nach den ausgestellten Vorposten hat das 1. Bataillon Weimar zu sein. Im anhaltischen Eisenberg sind württembergische Artillerie angekommen. Sehr große Empörung unter der Arbeiterklasse erregte die Ankunft der Reichswehr in Köfritz und im Meuselwitz-Mörschburger Grenzgebiet. Hier ist der Bergarbeiterstreik seit zwei Tagen beendet und keine Bewegung der Ruhe und Ordnung festzustellen. Geringfügige Gewalttätigkeiten, die während der Streikzeit entstanden, wurden von der Landespolizei mühelos beigelegt. Auch in Jena und in Nordhausen an der Straße Senftenberg ist Reichswehr eingetroffen. Nachher überall hat die Reichswehr sofort Durchsuchungen nach Waffen vorgenommen. Dieser Einzug der Reichswehr im Norden hat im Süden Thüringens und das ganze Verhalten der Truppen am ersten Tage, obwohl in Thüringen selbst die Ruhe und Ordnung in keiner Weise gefährdet war, hat bei der Bevölkerung große Beunruhigung hervorgerufen.

Weimar, 6. November. (Eigener Drahtbericht.) Der thüringische Staatsminister erhielt am Dienstag vormittag folgendes Schreiben des Generals Reinhardt aus Eimring:

„An die Thüringische Staatsregierung in Weimar.

Die Lage in und um Thüringen ist bedrohlich und erfordert Reichswehrverräufung.

Täglich laufen beim Militärbefehlshaber zahlreiche Hilferufe der thüringischen Bevölkerung ein, die um Befreiung gegen den Terror aller Art durch die proletarischen Hundertschaften bitten. Diese Hundertschaften sind nach der Weitergabe meines Auflösungsbefehls durch die thüringische Regierung in der Tat nicht aufgelöst worden, sondern in republikanische Notwehren umgewandelt worden, ohne daß ihre Zusammenfassung und die Art ihrer öffentlichen Betätigung geändert ist.

Dieser Zustand ist für große Teile der Bevölkerung untragbar und wird die schwerwiegendsten Folgen haben, indem einmal eine Einschränkung der Produktion und des Warenverkehrs droht und ferner die verwegentesten Teile der Bevölkerung nach illegaler Unterstützung aussehnen, was in mancher Hinsicht schon nahegerückt zu sein scheint.

### Erweiterung der Reichsregierung nach rechts?

Aus dem Reichstag wird uns mitgeteilt:

Im Reichstag hielten am Dienstag die Fraktionen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten Fraktionsitzungen ab, deren Verhandlungen sich hauptsächlich darauf richteten, ob eine Beteiligung der Deutschnationalen an der Regierung möglich sei. Eine Lösung dieser Frage auf parlamentarischer Grundlage wird allerdings nicht für möglich gehalten, wohl aber meinen die Deutschnationalen, daß sie unter Beibehaltung der gegenwärtigen Regierungsform der Frage ihres Eintrits in die Regierung näher treten könnten, wenn die klare Richtlinie, die sie verfolgen, innegehalten werden kann. Diese geht dahin, daß sie eine Verständigung unter allen bürgerlichen Parteien über die Befestigung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Wirren für möglich halten und sie die Verantwortung innerhalb der Regierung nur dann übernehmen könnten, wenn sie in der Regierung so vertreten wären, daß sie durchsehen könnten. Diese Voraussetzung mußte ferner vor allem dadurch erfüllt werden, daß als bald auch die Zusammenfassung der republikanischen Regierung entsprechend geändert würde.

Innerhalb der Deutschen Volkspartei, deren Fraktionsitzung für streng vertraulich erklärt wurde, besteht starke Neigung, den Deutsch-

Ich habe daher den Kommandeur der 3. Kavallerie-Division, Herrn Generalleutnant Haffe, beauftragt, bei der augenblicklich bedrohlichen Lage in Thüringen durch die ihm zur Verfügung gestellten Reichswehrruppen nach meinen Weisungen der Thüringer Landespolizei einen festen Rückhalt zu geben und die Auflösung und Entwaffnung der Hundertschaften durchzuführen.

Zu diesem Zwecke wird Polizeioberst Mittler-Brandenburg mit der Thüringer Landespolizei dem Generalleutnant Haffe unterstellt.

Major Curke bleibt mein Verbindungsoffizier bei der Thüringischen Regierung in Weimar.

Der Militärbefehlshaber, gen. Reinhardt, Generalleutnant.

Der Thüringische Ministerpräsident Genosse Frölich ist nach Empfang des vom General Reinhardt an das thüringische Staatsministerium adressierten Schreibens sofort zur Befehlsführung nach Berlin abgereist. Er verhandelte zunächst noch am Mittwoch abend mit dem Reichswehrminister und später mit dem Reichspräsidenten.

Wir zweifeln nicht, daß die Maßnahmen der Reichswehr mit Rücksichten militärischer Taktik begründet werden. Der klare Befehl für General Reinhardt lautet auf Schutz der thüringischen Grenze gegen Bayern. Offenbar hat sich aber auch dieser General, zu dem maßgebende Berliner Stellen auf Grund seiner früheren Tätigkeit für die Republik besonderes Vertrauen haben, durch die bürgerliche Hege ablenken lassen, die ihm vorpiegelte, daß er an der nordbayrischen Grenze dann proletarische Hundertschaften als Gegner „im Rücken“ haben werde. Wir können die Verächtlichkeit dieser unsinnigen Vorstellung der bürgerlichen Linkspresse überlassen, die objektiv berichtet. Eine Verordnung des Reichswehrministers scharf die Kritik an der Reichswehr mit Androhung schwerer Strafen ein. Wir müssen uns also notgedrungen an dieser Stelle mit dem Ausdruck schärfsten Protestes begnügen. Ueber den Protest hinaus aber fordern wir jetzt sofortige Einberufung des Reichstages und scharfstes Vorgehen unserer Fraktion gegen diesen Streich, der den heutigen Führern der Republik das letzte Vertrauen in den Volksmassen rauben muß. Die Regierung Stresemann muß jetzt Farbe bekennen, dann dürfte sie auch bei Demokraten und Zentrum keine Billigung dieses Vorgehens finden und es wird sich rasch herausstellen, daß hinter einer republikanischen Reichstagsmehrheit auch noch starke Volkskräfte genug stehen, um den Selbstmord der Republik zu verhindern.

### Die Fixierung des Getreidepreises.

Zur Durchführung des Kabinettsbeschlusses, das Getreide bei den Mühlen, den Großhändlern usw. zu beschlagnahmen, hat das Reichsernährungsministerium im Einvernehmen mit dem preussischen Staatskommissar folgende Bestimmungen getroffen: Die Kalkulation für den Brotpreis erfolgt auf der Grundlage von 420 Milliarden Mark für den Dollar. Danach beträgt der Berliner Brotpreis 80 Milliarden. Die Beschlagnahme soll vorgenommen werden, daß die Mehlanfuhr unbehindert bleibt. Bezüge, die bis zum 8. November laufen, dürfen und müssen deshalb ausgeführt werden. Der Preis für Weizen bis zu 50 Prozent ausgemahlen, ist bei dem Erzeuger auf 33 Mark und bei dem Händler auf 38,3 Mark festgelegt worden. Der Käufer darf nicht in welchen Zahlungsmitteln er keine Schuld begleichen will. In Frage kommen Papiermark oder Goldanleihe zum amtlichen Berliner Kurs. (Wir verweisen auf unsere gestrige Kritik an dieser noch nicht genügenden Maßnahme. Red.)

Amst. Bonarturs vom Dienstag 418 950 000 000.  
1 Goldmark = 106 263 000 000 Papiermark.

### Reichsreise und Bayernreise.

Aus München wird uns geschrieben:

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Kabinetts Stresemann sind ausgeschieden, weil die Sozialdemokratie das verschiedenartige Vorgehen in den Konflikten des Reiches mit Bayern und Sachsen und die Handhabung des militärischen Ausnahmezustandes nicht mehr verantworten zu können glaubte. Aus den bayrischen Verhältnissen heraus ergibt sich eine besondere Beurteilung der Lage. Zunächst ist durch die Reichsreise ein Zustand geschaffen, der von maßgebenden bayrischen Kreisen gewünscht wurde: Es muß ohne, es soll gegen die Sozialdemokratie regiert werden. Die einfache Uebertragung der bayrischen Praxis wird aber auf Schwierigkeiten stoßen, weil bei genauer Betrachtung sie sich als sehr zwiespältig erweist. Die Richtung Knilling wünscht einen Ausgleich mit dem Reich durch einen Kompromiß, bei dem die föderalistischen bayrischen Wünsche erfüllt werden. Als Gegengabe würde man vielleicht sogar trotz aller bisherigen Beteuerungen Herrn v. Lossow in verhöhlter Form opfern, weil schließlich sein Verhalten doch einen verdächtig rebellischen Anschein bekommen hat durch den selbständigen Funkspruch an die Wehrrückkommandeure. Herr v. Kahr mit der 1921 von seiner eigenen Partei festgestellten „Internationgen Bockbeinigkeit“ und dem festen Vertrauen zu Gott, daß er als alleiniger Retter des Vaterlandes ausersehen sei, spielt im Grunde eine etwas klägliche Mittelrolle. Er will mehr als Knilling und weniger als Hitler; für ihn kommt nicht so sehr das Kompromiß mit dem Reich als die Kapitulation des Reiches in Betracht, die in der Anerkennung der Gehehmäßigkeit aller Handlungen des Generalstaatskommissars zu bestehen hätte und in der Annahme sämtlicher „antimarxistischer“ Formulierungen der Aufgaben einer staatsbehaltenden Regierung, mit anderen Worten, ein Verzicht auf die Aufrechterhaltung der Autorität des Reiches, die noch zuletzt in der Verammlung der Ministerpräsidenten der Länder einmütig verlangt wurde und auf einen Zustand der Gleichheit aller Staatsbürger. Immerhin wäre mit Kahr noch der Schein einer friedlichen Regelung denkbar, und die Unterdrückung der Andersdenkenden würde sich, wie bisher, in den äußeren Formen der Gehehmäßigkeit vollziehen. Die nächste Gruppe aber, die Clique Hitler-Ludendorff, ist an der Aufrechterhaltung des Scheins nicht mehr interessiert. Bei dieser handelt es sich um die unverhüllte Vorbereitung des „neuen Stahlbades“. Unzufrieden mit der „Scheindiktatur“ Kahr — es drängt sich der Vergleich mit der Räterepublik Toller im Gegensatz zur kommunistischen Räterepublik Lenin auf — soll nach den neuesten Brandreden „Bayern in Berlin verteidigt werden“. Das bedeutet: Der seit langem angekündigte Mordterror gegen Andersdenkende soll über das ganze Reich verbreitet werden. Der längst erkannte Zwiespalt Schwarzweißrot und Weißblau zeigt sich wieder. Die Gemäßigtheitsblauen wären befriedigt mit einem föderativen Zerfall des Reiches in Duodezstaaten, von denen dann jeder wieder behaglich seine eigene Suppe kochen kann, während die schwarzweißroten Extremisten Deutschland in ein Lager von Henkern und Verfolgten, von „Gutgesinnten“ und „Marxisten“ verwandeln möchten. Aber dabei könnte es nicht sein Bewenden haben. Die Richtung Hitler betrachtet das Aufknüpfen von Juden und Novemberverbrechern nur als ein Durchgangsstadium. Zwangsläufig müßte sie ihre Kräfte dann auch nach außen richten, eine aggressive Außenpolitik betreiben.

Wie kann sich nun die deutsche Politik gestalten in ihrem Verhältnis zu den bayrischen Strömungen unter einem rein bürgerlichen Reichskabinet? Ein glatter Ausgleich wäre möglich mit der Richtung Knilling, zwar auf Kosten des Reiches, das durchaus an Befugnissen verlieren soll zugunsten der „deutschen Väterlichkeit“, die schon so oft in der deutschen Geschichte eine unheilvolle Rolle gespielt hat; aber immerhin ohne tragende Entschlüsse und unerträgliche Zustände. Ein Durchsehen dieser gemäßig rücksichtlichen Tendenz ist aber wenig wahrscheinlich. Die Dinge treiben, wie die letzte Zeit besonders in Bayern gezeigt hat, immer wieder rasch den Extremen zu. Der Ausgleich mit Kahr scheint auf die Dauer unmöglich; solange das Reich nicht sanftlich wird — kahrharrisch in Berlin, der Gebante allein wirkt unbeschreiblich — wird diese Richtung immer wieder und bei jeder Gelegenheit den Konflikt suchen, um sich und den erkannten Zuschauern die wech-



# Entgegenkommen Poincarés an die Wünsche Amerikas?

Der französische Botschafter in Amerika hatte am Montag eine mehrstündige Unterredung mit dem Staatssekretär Hughes. Aus den jetzt von französischer Seite gemachten Andeutungen über den Verkauf dieser Botschaft und an die französische Botschaft geht hervor, dass Poincaré den Wünschen Amerikas entgegenkommen und die französischen Forderungen für die Entlastung der Befugnisse des Sachverständigenausschusses usw. in gewissem Sinne zu mildern. Ein solches Entgegenkommen an den großen Kreditgeber der Weltwirtschaft erscheint wahrscheinlicher als die bisherigen gelegentlich ausgetauschten Nachrichten über Einlenken Frankreichs, die sich meist auf bloße diplomatische Fiktionen einzelner Regionen gründeten und von Poincarés Reden immer ziemlich deutlich demontiert wurden. (Red.)

# Die Regierung Witos-Korjanty beendet den Generalkrieg mit Hilfe von Militär.

Eine Meldung der polnischen Telegraphenagentur: In den letzten Nachmittagsstunden wurde zwischen der Regierung und den Vertretern der Streikenden ein Einvernehmen erzielt, wonach der Generalkrieg, sowie der seit einigen Tagen andauernde Eisenbahn- und Poststreik abgebrochen werden soll. In Krakau kam es heute vormittag zu größeren Unruhen. Die aufgeregte Menge versuchte eine Militär- und Polizeipatrouille zu entwaffnen. Die Militärbehörden stellten in kurzer Zeit die Ruhe wieder her. (Die amtliche polnische Meldung dürfte diese Vorgänge noch schön färben. Red.)

# Die Regierung Felliš vor dem sächsischen Landtag.

## Die Kommunisten für den Auflösungsantrag der Volkspartei.

Dresden, 6. November. (Eigener Drahtbericht.) Der sächsische Landtag nahm am Dienstag die Erklärung der neuen Regierung entgegen. Ministerpräsident Felliš führte aus: Die Regierung, die in schwerster Zeit der Not ihr verantwortliches Amt antritt, wird es als ihre Aufgabe betrachten, auf dem Boden der Verfassung zu wirken und die Verfassung zu schützen. Der Versuch, die Verfassung zu brechen, von wo er auch kommen möge, sprengt das Gefüge eines Landes, verdirbt seine Kraft und vernichtet seine wirtschaftliche und kulturelle Fruchtbarkeit. Es erschien Gebot, die dem klaren allgemeinen Volkswillen widersprechende rechtskommunizistische Verwaltung in Sachsen so rasch wie möglich durch eine ordnungsmäßige Regierung zu ersetzen, die in der Achtung und dem Schutze der Reichs- und Landesverfassung die oberste Pflicht sieht. Ich verleihe, daß die Regierung diese Pflicht getreu erfüllen wird, sie fordert aber Achtung der Verfassung im ganzen Reich und rückwärtsloses Vorgehen der Reichsgewalt überall dort, wo wirklich Verfassungsbruch vorliegt. Es darf aber nicht vorzukommen, daß in Deutschland die verfassungsmäßige Regierung eines Landes, die die Einheit des Reiches auf dem Boden der Reichsverfassung erhält, wider Willen durch das Reich beseitigt wird. Die Regierung stellt fest, daß bei dem Vorgehen gegen die bisherige sächsische Regierung eine Form zur Anwendung gekommen ist, die mit der Würde einer Landesregierung unvereinbar und für ein Volk in einem parlamentarisch regierten Lande unethisch ist. Gerade jetzt ist es ein Pflichtgebot einer jeden Regierung, alle im Volk und seiner Wirtschaft aufzubringenden Kräfte zu konzentrieren zu dem Zweck, das fürchtbare Elend, das heute nicht nur allein die Massen der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Sozial- und Kleinrentner, sondern vor allem auch schon weite Kreise des Mittelstandes erfährt hat, zu lindern. Die Regierung muß daher von allen Volkstreifen erwarten, daß das soziale Pflichtgefühl über eigenem Vorteil eben steht und wahrhaftige Menschlichkeit als Erfolgsziel jeder ernsthaften produktiven Arbeit betrachtet wird. Die Regierung wird zu diesem Zwecke alles, was in ihrer Kraft steht, tun, um das Wirtschaftsleben zu fördern. Die neue Regierung stellt den ernstesten Versuch dar, auf verfassungsmäßig-parlamentarischer Grundlage die militärische Diktatur im Lande zu beseitigen und die ordentliche Regierungsgewalt in Sachen wiederherzustellen. Sie erwartet, daß die Aufgabe im ganzen Lande und dem ganzen Volke rechtzeitig erkannt und an ihrer Lösung von allen redlich mitgearbeitet wird, um hohe Güter von Wirtschaft und Freiheit zu retten.

Genosse Wirth gab namens der BSPD-Fraktion folgende Erklärung ab: Die sozialdemokratische Landtagsfraktion billigt die Regierungserklärung. Als die kommunistische Partei vor einigen Wochen den Willen bekundete, in die Regierung einzutreten, haben meine Parteifreunde diesem Willen Bedenken entgegengebracht und den Kommunisten bedeutet, daß ein gemeinsames Arbeiten auf dem Boden der Verfassung nur willkommen sei. Die zu dieser Aufgabe getroffenen Vereinbarungen sind von den Kommunisten nicht gehalten worden. So entschieden meine Fraktion die Aufhebung der kommunistischen Partei zur gewaltsamen Aufhebung gegen die Reichsregierung ablehnt, so entschieden verurteilt sie das Vorgehen des Reichskommunizismus, das nach unserer Auffassung jeder verfassungsmäßigen Grundvorlage entbehrt. Meine Fraktion fordert mit allem Nachdruck, daß von der Reichsregierung endlich gegen die bayerischen Reichs- und Verfassungsräte eingeschritten und in diesem Lande verfassungsmäßige Zustände wieder herbeigeführt werden. Wir sind auch heute der Auffassung, daß die erste und ernsteste Aufgabe dieser Regierung die Wiederherstellung der Verfassung und die Befreiung der sächsischen Volkswirtschaft sein muß. Da meine Fraktion der Überzeugung ist, daß die Regierung Felliš diese Aufgabe zu lösen willens ist, spricht sie ihr das Vertrauen aus.

Abg. Beutler (Dtn.) sprach sich gegen die Regierungserklärung aus und verleierte, daß er sich, wenn er zwischen Bager und Stresemann zu wählen hätte, für Bager und gegen Stresemann entscheiden würde. Dem völksparteilichen Antrag auf Auflösung des Landtages stimmte keine Fraktion zu. Abg. Kaiser (DWB.) begrüßte zwar die Erklärung der Regierung, auf dem Boden der Verfassung zu arbeiten, begründete aber den Auflösungsantrag seiner Partei. Der kommunistische Fraktion erklärte, daß auch seine Fraktion für die Auflösung des Landtages stimmen werde. Er begründet außerdem einen eigenen Auflösungsantrag.

# Die Ausgabe der Rentenmark.

Wie wir von zuverlässiger Stelle erfahren, ist seit Ende Oktober mit der Herstellung von Rentenbanknoten begonnen worden. Am 12. November werden 105 Millionen Rentenmark fertiggestellt sein. Dieser Betrag wird sich bis zum 15. November auf 245 Millionen Mark steigern. Auch die Herstellung der Rentenbanknoten ist in die Wege geleitet. Die Berliner Münze wird, nachdem alle Vorarbeiten unter Inanspruchnahme der Privatindustrie getroffen sind, nach in dieser Woche mit der Prägung beginnen. Jedoch kann der Tag der Herausgabe des Rentengelbes noch nicht mit Sicherheit angegeben werden, weil eine sorgfältige Verteilung über das ganze Reich vor sich gehen soll. An dem Tag

der Herausgabe der Rentenmark hört entsprechend der Bestimmung über die Rentenbank die Inanspruchnahme der Reichsbank durch Diskontierung von Reichsschatzwechseln auf.

# Nach dem Reichsbankausweis

Vom 28. Oktober hat sich der Banknotenumlauf um 401 000 Billionen gesteigert. Er beträgt 524 339 Billionen Mark gegen 123 340 Billionen am 15. Oktober. Die Kapitalanlage liegt von 203 763 Billionen auf 836 692 Billionen Mark. Die Schatzanweisungen erhöht sich allein um 519 400 auf 678 180 Billionen und die Wechselbestände um 123 284 auf 152 896 Billionen Mark. Der Goldbestand hat zugenommen und beträgt 476 026 000 gegen 444 000 000 Mark in der Vorwoche.

# Gewerkschaftsbewegung.

## Zu den Breslauer Metallarbeiterlöhnen.

Zu dem gestern in unserem Blatt erschienenen Artikel über Goldpreise und Goldlöhne bemerken wir bezeichnend, daß der letzte Absatz des Artikels, darin die zweimal wöchentliche Auszahlung nach Kurzen und eine dritte Auszahlung notiert ist, sich auf die vergangene Woche bezieht.

Soweit für diese Woche Papiergeld gezahlt wird, ist der Kurs des Notgeldes vom Tage vorher, so wie er um 2 Uhr nachmittags stand, zugrunde zu legen.

Wo in dieser Weise verfahren wird, findet eine Nachzahlung nicht statt.

## Achtung, Bauarbeiter!

Ein Rundschreiben des Provinzial-Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe gibt neben den ausgehandelten Goldlöhnen auch bekannt, daß die Tiefbauarbeiten verhandelt und festgelegt worden seien und ferner, daß die Löhne der Lehrlinge von 1 bis 10 Goldpfennigen vereinbart worden wären. Zum mindesten kann durch das Rundschreiben der Eindruck erweckt werden, daß mit unserem Einverständnis die Löhne der Lehrlinge und der Tiefbauarbeiter festgelegt worden wären. Dies trifft nicht zu. Für uns gilt immer noch, soweit die Lehrlingslöhne in Frage kommen, der verbindlich erklärte Schlichtungsausschlußspruch, wonach im ersten Halbjahr 15, im zweiten Halbjahr 20, im dritten Halbjahr 25, im vierten Halbjahr 30, im dritten Jahr 45 und im vierten Jahr 60 Prozent des Gelehnlohnes zur Auszahlung gelangen. Wenn ein größerer Teil der Mitglieder des Arbeitsgeberbundes ihre Tarifpflicht niedriger einschätzt, als die von ihnen selbst ohne unsere Mitwirkung festgelegten Innungssätze, so hat das auf uns keinen Einfluß und werden wir nach wie vor dagegen ankämpfen.

Ferner bitten wir die Kollegen zu beachten, daß Kassenzinsen jetzt nur noch abends zwischen 5 und 7 Uhr sind. Jeder Kollege muß sich darauf einrichten. Im übrigen ist das Büro vorläufig vormittags zwischen 10 und 12 Uhr geöffnet. Alle schließlichen Parteiblätter werden um Abschluß dieser Notiz gebeten. Die Ortsverwaltung.

# REVOLUTIONS-GEDENK-FEIER

Freitag, den 9. November 1923, abends 7 1/2 Uhr im großen Saale des Gewerkschaftshauses

## Gedächtnisrede Sängerkhore - Rezitationen

Eintrittspreis: 5 Millarden Mark, Nichtmitglieder 10 Milliarden Mark Arbeitslose Parteimitglieder frei.

## Parteienossinnen und Genossen! Sorgt durch rege Agitation für Massenbesuch!

## Der Stundenlohn der Zimmerer

beträgt ab 2. November 47 Pfennige. Falls wegen Mangel an wertebildenden Zahlungsmitteln in altem Papiergeld ausgezahlt werden muß, wird nach dem Dollarkurs des dem Lohnungstage vorangehenden Tages umgerechnet. Wenn am Lohnungstage eine weitere Dollarkürzung eingetreten ist und dieselbe mehr als 10% beträgt, dann wird die dadurch entstehende Differenz nachgezahlt. Zentralverband der Zimmerer.

## Goldlöhne im Versicherungsgewerbe.

Der Reichsschlichtungsausschluß für das Versicherungsgewerbe hat am 5. November einen Schlichtungsbescheid gefällt, der vom 4. November ab den Lebens- und Goldlöhnen vorschreibt. Dessen zugrundegelegt werden 0,00085% der Augustgehälter einschließlich Zulagen. Die Gehaltszahlungen erfolgen wöchentlich mit 1/30 des Monatsgehaltes. In der ersten Woche sind mindestens 10%, in der zweiten Woche mindestens 20% wertebildend zu zahlen.

## Aus Schlesien. An unsere Post-Abonnenten!

Der Postbezugspreis der „Volkswacht“ ist außerordentlich niedrig, die Berechnungen konnten leider mit der Geldentwertung nicht gleichen Schritt halten. Deshalb kam es so, daß die Post für den November nur 1 Milliarde 650 Mill. einzug, während allein für die ersten drei Tage 3 Milliarden zu zahlen waren. Für die laufende Woche ist der Preis auf 40 Goldpfennige = 40 Milliarden festgelegt. Dies entspricht jetzt einem Monatsbezugspreis von 188 Milliarden. In den nächsten Tagen werden die Briefträger eine Rohnahmeharte über 168 Milliarden vorlegen. Wir bitten, diese Karte sofort einzulösen, um damit zu bezahlen, daß in der Zukunft der Zeitung eine Unterbrechung eintritt. Von der Einsicht unserer Leser erhoffen wir, daß alle die Nachzahlungskarte einzulösen werden. Zum weiteren Bekleben der „Volkswacht“ ist die notwendige finanzielle Unterstützung unbedingt erforderlich. Wir bitten ferner noch unsere Abonnenten, den Betrag nicht direkt einzulösen, sondern erst auf Aufforderung des Briefträgers den Betrag zu zahlen. Die Expedition.

## Verbot der Goldberg-Hannauer Volkszeitung.

Unser Bruderblatt, die Goldberg-Hannauer Volkszeitung, ist vom Militärbesatz für Schlesien auf die Dauer von einer Woche verboten worden, und zwar wegen eines Artikels, betitelt: „Vor schweren Entscheidungen“.

Reife. Fleischverwertung durch den Zusammenbruch der Schlachtvieh-Versicherungsgesellschaften. Die Reifer Schlachtvieh-Versicherungsgesellschaft, welche vor 32 Jahren gegründet wurde, und in den Kreisen Reife, Grottkau, Falkenberg O.S. und Neustadt O.S. über 6000 Mitglieder zählt, hat vorläufig bis 1. April 1924 ihren Betrieb eingestellt. Auf der Basis der ehrenamtlichen Verwaltung stehend und ihre Reingewinne sämtlichen Mitgliedern zuführend, wurde mit dem aus etwa 137 Millionen Mark bestehenden Reservefonds in letzter Zeit ein sehr gefährliches Spiel getrieben, denn ein einziger beanstandeter Bullen, der jetzt 15 bis 20 Millionen Mark Entschädigung kosten würde, hätte den Reservefonds gesprengt und das gewaltige Ende der Gesellschaft herbeigeführt. Es wurde daher eine Generalversammlung einberufen, welche über Sein oder Nichtsein beschließen sollte. Die Versammlung war beschlußunfähig, in der zweiten Versammlung konnte aber davon jagungsgemäß ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen Beschluß gefaßt werden. Man war sich darüber klar, daß die gänzliche oder vorübergehende Betriebseinstellung dazu führen könnte, die Gesellschaft nie mehr wieder aufleben lassen zu können. Die unendlichen Schwierigkeiten der Gegenwart zwangen aber zu einem der beiden Schritte. Es ist das sehr bedauerlich, da die Reifer Gesellschaft die letzte der Provinz Oberschlesien war, die auf der Basis der ehrenamtlichen Verwaltung stand und alle übrigen schon im Kriege und in den ersten Jahren nach demselben der Auflösung verfallen sind, ferner auch deshalb, weil nunmehr das Risiko mit in den Preis einberechnet werden muß. Wie in der Versammlung berätet wurde, schütteln unsere edlen selbstlosen Landwirte dieses Risiko schon von sich ab, indem sie nur noch ohne Garantie verkaufen, wie sie auch früher bereits den Volkshornmetzen das Vieh abkauften und die Viehämter überließen und mancher Kauf zu scheitern drohte, wenn die Rede auf die Versicherungsprämie kam. Der Vorstand wurde jedoch beauftragt, falls es besondere Verhältnisse erfordern, eine neue Generalversammlung einzuberufen, mindestens muß dies aber am 1. April 1924 geschehen, um erneut zu der Sache Stellung nehmen zu können.

Reife. Eine uneheliche Tat verübte der Erwerbslose Jakob gegen seine Leidensgenossen, die ihm ein besonderes Vertrauen entgegengebracht und ihn beauftragt hatten, für sie in der Umgebung auf den Dörfern Naturalien, wie Kartoffeln, Roggen, Mehl usw. zu sammeln und an die bestimmte Sammelstelle abzuliefern. Jakob aber dachte: Selber essen macht fett und da die von ihm gesammelten Gaben noch nicht in die offiziellen Listen eingetragen waren, verwendete er sie in eigenem Nutzen und seine Leidensgenossen hatten das Nachsehen. Da die unterliegenden Naturalien inmitten einige Zentner betrugen, verurteilte ihn das Schöffengericht in Reife zu einem Monat Gefängnis unter Ablehnung eines Strafausschusses.

Landeshut. Die Weltfirma Grünfeld hat fast die Hälfte ihrer Arbeiterinnen entlassen oder beurlaubt. Gleichzeitig ist den Werkmeistern und Angestellten ein Revers zur Unterzeichnung vorgelegt worden, wonach sie sich einverstanden erklären sollen, daß sie in Zukunft mit einem Viertel des Friedensverdienstes sich einverstanden erklären sollen. Die Werkmeister haben selbstverständlich die Unterzeichnung verweigert und wollen lieber verurteilt werden. Hierfür will die Firma aus leicht erklärlichen Gründen nicht eingehen. Die Firma wird durch solche Maßnahmen nicht gerade ihren Ruf verbessern.

Schneeberg. Beim Heben eines gestohlenen Schatzes erwischte im März d. J. wurde im Hotel „Zum schwarzen Hahn“ ein größerer Geldbetrag in Silber und Papier geisteln, ohne daß der Täter ermittelt wurde. Der Verdacht lenkte sich auf einen jungen Burjischen, der zu gleicher Zeit einen Einbruch in der Obermühle verübt hatte, wofür er ein halbes Jahr Gefängnis erhalten hatte. Als der Burjische am 2. d. Mts. aus dem Gefängnis entlassen wurde, wurde er von der Polizei beobachtet und dabei erlappt, wie er in der Nähe des Eisenbahn-Erholungsheims unter einem Steinhaufen herab das feineste gehobene Geld holen wollte. Das Geld konnte dem Eigenhändler jaht reitlos wieder zugeführt werden. Der Burjische wurde dem hiesigen Gefängnis wieder zugeführt.

Schneeberg. Genosse Oswald zum unbesoldeten Stadtrat gewählt. Am Freitag wurde die durch den freiwilligen Rücktritt unseres Genossen Paulus freigewordene Stelle eines unbesoldeten Stadtrats neu besetzt. Der Vorsteher des Konsumvereins, Genosse Otto Oswald, den unsere Genossen in Vorschlag brachten, wurde mit 45 von 49 Stimmen in dieses Amt gewählt. Damit ist ein Vertreter der größten Verbrauchergenossenschaft Mitglied des Magistrats geworden.

Reife. Zu Plünderungen ist es hier gekommen und zwar betrafen die Plünderungen die Wägenwerke von Alfred Schreiber. Dort erschienen mehrere hundert Personen, brachen die Viehställe auf, entwendeten Hammel und Hühner, Enten und Puten. Ein Trupp erzwang auch unter Drohungen die Herausgabe von Mehl. Denn zog die Menge ab. Es ist den Behörden gelungen, eine Anzahl der gewalttätigen Leute festzustellen.

Hindenburg. Ueberfall auf eine Grenzwahe. In der Nacht erschien eine mehr als 100 köpfige Menge vor dem Schulhaus 7 auf der Wiesenstraße und verlangte Einlass, um die dortige Grenzwahe herauszuholen. Da die Menge eine drohende Haltung einnahm, gab die Schuldienerin Frau die Schlüssel heraus. Sogleich drang die Menge in die Räume, die die Grenzwahe tags vorher inne hatte. Ihrem weiteren Vordringen in die anderen Räume des Schulhauses setzten die eisernen Türen Widerstand entgegen. Bei den Kämpfen sind an dem Gebäude etwa 30 Scheiben zertrümmert worden.

Königsbrunn. Verurteilter Giftmord. Um eine neue Ehe eingehen zu können, waren einem hiesigen Einwohner die Frau und der Sohn im Wege. Er beschloß daher, sie aus der Welt zu schaffen und brachte ihnen Gift bei. Das glücklicherweise die erhoffte Wirkung nicht hatte. Der Täter wurde verhaftet.

Unsere Balata.		
Es wurden an der Berliner Börse gezahlt:		
	6. 11.	5. 11.
für 1 amerikanischen Dollar . . . . .	418 950,00 M.	418 950,00 M.
• 1 englischen Pfund . . . . .	1 895 250,00 „	1 895 250,00 „
• 1 französischen Franc . . . . .	24 339,00 „	24 339,00 „
• 1 holländischen Gulden . . . . .	164 588,00 „	164 588,00 „
• 1 Schweizer Franken . . . . .	75 411,00 „	75 411,00 „
• 1 österreichische Krone (abgest.) . . . . .	5 985 000 „	5 985 000 „
• 1 sächsische Krone . . . . .	12 469,00 „	12 469,00 „
• 1 bayerische Krone . . . . .	78 017,00 „	78 017,00 „

Alles in Millionen, mit Ausnahme Österreichs.

## Bereinstalender.

Breslauer Metallarbeiter-Verband, Donnerstag, den 8. November, um 5 Uhr, Zimmer 12 des Gewerkschaftshauses, Versammlung.

**Donnerstag bis Sonnabend**

**3 preiswerte Fleischtage!**

Rindfleisch 1 Pfd. — 70 Goldmark

„ schmalzlos „ — 90 „

Rindertalg „ 1. — „

Räucherspeck „ 1,40 „

**Bresl. Fleisch-Zentrale**

Schmalzschmelze 24. 1. Westendstr. 63.

Räucherwaren 2. Jakobstr. 24. 6.

**Stadttheater.**  
Mittwoch 7 1/2 Uhr:  
**Così fan tutte.**  
Donnerstag 8 Uhr:  
Die Meistersinger von Nürnberg  
Freitag 7 1/2 Uhr:  
Gibelle.

**Thalia-Theater**  
Telefon Ring 6700  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Charley's Tante**  
mit Ludwig Stössel

**Schauspielhaus.**  
Operettenbühne, Tel. Ring 2543  
Heute und täglich 7 1/2 Uhr:  
**Des Königs Hochzeit**  
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:  
Die Fälschung

**Clubs**  
Straßburger  
Täglich 7 1/2 Uhr.

**MARMOR HAUS**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Das Filmatelier der Zukunft**  
Raffles der Welt der Höhe und weitere Verlebensaktionen.  
Besuchen Sie den Vorkursus. 2873

**Ober-Bayern**  
Gartenstraße 63.  
Täglich:  
**Gr. Konzert**  
Behandlung Volksweil  
Modernes Antiquariat  
Breslau 2, N. Graupenstr. 5

**Bekanntmachung.**  
Die Reichsregierung hat auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 13. Oktober 1923 und des Gesetzes zur Sicherung der ärztlichen Versorgung bei den Krankenlasten vom 20. April 1922, unterm 30. Oktober d. J. folgendes verordnet:  
§ 25: Von den Kosten für Arznei, Heil- und Stärkungsmittel haben die Versicherten in allen Fällen 10 vom Hundert selbst zu tragen.  
Indem wir hieron Kenntnis geben, weisen wir gleichzeitig darauf hin, daß mit den Apotheken und sonstigen Heilmittel-Versorgern vereinbart worden ist, daß die Versicherten bei Empfang der Arznei, Heil- und Stärkungsmittel 10 vom Hundert sofort zu zahlen haben.  
Breslau, den 6. November 1923. 2870  
Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Breslau.

**Korbwaren** für billige Gelegenheits-Gelegenheiten.  
Kleidermöbel, Kleidermöbel, Kleidermöbel, Kleidermöbel.  
Kleidermöbel, Kleidermöbel, Kleidermöbel, Kleidermöbel.  
Kleidermöbel, Kleidermöbel, Kleidermöbel, Kleidermöbel.

**Sportanzüge**  
Sportanzüge, Sportanzüge, Sportanzüge, Sportanzüge.  
Sportanzüge, Sportanzüge, Sportanzüge, Sportanzüge.  
Sportanzüge, Sportanzüge, Sportanzüge, Sportanzüge.

**Gold-, Silber-, Platin-Bruch**  
kauft 1452  
Neue Taschenstr. 30, II  
beten der Schatzkammer,  
2 Minuten vom Hauptbahnhof.  
Georg Langer,

**Die Volksschule als Einheitschule**  
Von Dr. Max Apel.  
Sollungen werden von der Redaktion dieses Blattes sowie von sämtlichen Kolportageurern entgegengenommen.

**Biocca Kaffee**  
gesunder und besser  
Georg Jos. Scheuer  
Hersteller des seit 110 Jahren berühmten  
Doppel-Ritter-Kaffee.

**Käufe**  
**Ranin-u. Hasen-**  
felle bez. ab Tageshöchstpreis  
Pelzwarenfabrik,  
Dienstadtstr. 40/42, II, um. 9-1.

**Druckerei Volkswacht** Ausführung aller Druckarbeiten  
Breslau 2 Gurtstraße 4/6

**Arbeitsmarkt**  
**Zeitungsträgerin**  
für Scheiniger Straße und Gellhornstraße  
sofort gesucht.  
Minderlohn 54 Milliarden Mark.  
Verlag der „Volkswacht“, Gurtstr. 4/6.

**Wichtig für Jedermann! Große Ersparnis! Bester Ledersohlen-Ersatz!**

Wir machen unseren werten Kundenkreis darauf aufmerksam, daß vielfach minderwertige Fabrikate als Gollert-Sohlen verkauft werden. — Unser Fabrikat trägt auf jeder Paarsohle diese Schutzmarke

**Gollert-Sohle**

Keine reine Gummisohle, sondern eine Textilsohle mit einem Zusatz von Gummi.

Daher kein Ausgleiten beim nassen Wetter. Haltbarer als bestes Kernleder.

Die Sohle ist erhältlich in allen Verkaufsstellen des Breslauer Consum-Vereins sowie in den Gollert-Beschlänstanlagen Sadowastraße 42 (gegenüber Stromenger-Diele) und Oderstraße 39, wo sämtliche Beschlänungen sowie Reparaturen vorgenommen werden. — Eigenes Klebverfahren, kein Zernageln des Schuhwerks.

**Gollert-Gesellschaft, Berlin.**  
General-Vertrieb für Schlesien: Breslau 2, Gartenstraße 86, I. Etage.

**S. Beyer Nachf.**  
Ohlauer Straße 60/61  
Gegründet 1892

Spezial-Geschäft für  
Glas - Porzellan - Haus- und  
Wirtschaftsartikel

**Hermann Kary & Co.**  
BRESLAU I  
Nikolaistraße 16/17  
Fernsprecher Ring 7889

Strumpfwaren \* Trikotagen  
Handschuhe \* Webwaren

**August Schneider, Wurstfabrik**  
Fabrik und Kontor  
Westendstraße 68

Telephon:  
Ring 2315

**Schneider's**  
Wurst- und  
Fleischwaren  
sowie Delikatessen-  
Wurstwaren

**Reich & Glücksmann**  
Junkernstraße Nr. 41/43  
Schuhgroßhandlung

**Gottfried Heisner**  
Fabrik feinsten Liköre  
Poststraße 2 BRESLAU I Tel. Ring 203

**L. & J. Offner**  
Nikolaistraße 63a — Telephon Ohle 8053  
**Tuch-Großhandlung**

**R. Hauschner Nachflg.**  
Inh. M. Secher  
Breslau I, Nikolaistraße 16/17

Oberhemden  
Sporthemden  
Krawatten

Arbeitshemden  
Monteurblusen  
Socken, Strümpfe

**A. Bielschowsky**  
— Inhaber: K. Grzesik —

**MODEHAUS**  
Breslau, Schmiedebrücke Nr. 29a

**Abfahrt der Züge von Breslau-Hauptbahnhof.**

Nach Richtung Schweidnitz - Charlevoixbrunn und Kottbus - Grottkow				Nach Richtung Glatz - Mittelwalde.			
52	54	56	58	60	62	64	66
nach Charlevoixbrunn	nach Kottbus	nach Schweidnitz	nach Grottkow	nach Glatz	nach Mittelwalde	nach Schweidnitz	nach Kottbus
10:15	10:30	10:45	11:00	11:15	11:30	11:45	12:00
12:15	12:30	12:45	13:00	13:15	13:30	13:45	14:00
15:15	15:30	15:45	16:00	16:15	16:30	16:45	17:00
18:15	18:30	18:45	19:00	19:15	19:30	19:45	20:00
21:15	21:30	21:45	22:00	22:15	22:30	22:45	23:00

**Gebrüder Adler, Likörfabrik**  
Anschankstellen in allen Stadtteilen

**Kaufhaus Liebichshöhe, Taschenstraße Nr. 13/15**  
Strumpfwaren, Trikotagen, Herrenartikel — stets sehr preiswerte Angebote

**Dresel & Adler**  
Kupferschmiedestraße 7  
Telephon Ohle 9056

**Horren- u. Kaabenkleiderfabrik**  
Spezialität: Größen 1-12

**Adolf Malinowitzer**  
Klosterstraße 23  
Strumpfwaren & Trikotagen  
Berufskleidung

**Frost Kaweike & Co.**  
Reproduktions-Großhandlung  
Telephon Ring 8281 - Breslau 6, Westendstraße Nr. 25 - Telephon Ring 8291

**M. Keiler**  
Breslau, Karlsplatz 3  
Fernsprecher Ohle 537  
Gegründet 1874

**Webwaren-Großhandlung**

**Hans Boehm**  
Holzgeschäft  
BRESLAU 7, Hofchenstraße 67

Telephon Ring 6239 u. 9956 und Ohle 8729  
Telegramm - Adresse: Holzboehm.

Lagerplatz Ende Fröbelstraße, Grabschen  
Laub- u. Nadelholzschnittmaterial in allen Abmessungen

**Robert Fallhorn Nachf.**  
Altbüßerstraße 12

Fenster- u. Türbeschläge  
Eisenwaren

**Gebrüder Markus G. m. b. H.**  
Abteilung I: Königstraße 11.  
Trikotagen — Strumpf- u. Wollwaren

Abteilung II: Karlstraße 1  
Baumwollwaren — Textilwaren

**Pfeffermann & Schwarz**  
Breslau I, Junkernstraße 18  
Telephon: Ohle 5582 — Gegründet 1882

**Webwaren-Großhandlung**  
Eigene Ausrüstung!

**Feig & Schüftan**  
Baumwollwaren, Kleiderstoffe  
en gros - Karlstraße 28 en gros

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 7. November.

Bereinigte Sozialdemokratische Partei.

Parteilogenoffinnen! Parteilogenoffen!

Siegt eure politische Kampforganisation, den letzten und stärksten

Schuhwall gegen ungehinderte Ausbreitung, die

Sozialdemokratische Partei

nicht zerbröckelt. Es liegt in eurer Hand. Sorgt für

Sicherung durch Gewinnung neuer Anhänger. Erhaltet die

Organisation. Bringt Opfer!

Betriebsvertrauensleute! Betriebsräte!

Vergeht nicht die beschleunigte Sammlung zum

Partei-Notopfer.

Als erster hat vorige Woche der kleine Betrieb Diamantzieh-

fabrik 45 Milliarden 100 Millionen Mark abgeliefert. Siemens-

Schubert-Werk Teilbetrag 200 Milliarden Mark.

Wer will zurückbleiben!

Holt sofort Sammelkarten im Parteisekretariat, Gewerkschafts-

haus 2. Etage, Zimmer 36. Jeder Arbeiter, Angestellter, Beamte

erhält sofort einen 10 Pfennig.

Es geht um eure Zukunft!

Unser Kampf gegen den Faschismus in Deutschland!

Das ist das Thema der am Montag, den 12. No-

vember, stattfindenden

Distriktsversammlungen.

Alles halte sich für 1 Abend zum Besuch einer der Ver-

sammlungen frei.

Kedner zu den Distriktsversammlungen! Zusage nach dem

Parteisekretariat sofort und dringend erforderlich.

Erweiterter Parteivorstand, Abteilungsleiter, Distrikts-

führer, Frauenleiterinnen, Donnerstag, den 8. No-

vember, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 3:

Sehr wichtige Sitzung.

Arbeiterbildungsausschuss.

Heute abend nach dem Konzert Sitzung im Zimmer 32 des

Gewerkschaftshaus.

Jugendzirkel. Die angelegte Mitgliederversammlung findet

Freitag, den 9. November, abends 8 Uhr sehr wichtige Probe des

Vertrages. Keiner darf fehlen.

Das Heim 5 der Arbeiterjugend trifft sich Freitag, abends

7 Uhr im neuen Heim auf der Brommstraße.

Herunter mit den Brotpreisen!

Die Einführung der Goldmark gestattet nunmehr, nach allen

Rechnungen Vergleiche der Preise unter einander anzustellen. Dabei

zeigt vor allem der hohe Brotpreis in die Augen. Das Brot

ist doppelt so teuer wie einst im Frieden! Worin

liegt hier der Grund? Zum erheblichen Teil sicher draußen, beim

ausländischen Export. Aber auch das Getreide von hier aus als

Wohl zum Bäcker kommt, bereichert sich an ihm noch eine ganze

Serie Zwischenhändler. Hinter der freien Wirtschaft

steht es von einem Händler zum anderen, ehe es in die Mühle

kommt, und jeder „accident“ daran. In das Getreide wandert

nicht einmal, es wird nur am Teufelshaken verpackt. Am Ende der

Stapelkette hat es keinen Preis vielleicht verdoppelt, und nun

kommt es in die Mühle. Natürlich verdient auch der Müller,

und später der Bäcker, aber deren Gewinn ist doch mit notwendiger

Arbeit verbunden, wenn er auch manchmal etwas hoch erscheinen

mag. Die Regierung darf sich nicht in dem Glauben wiegen, daß

die Einführung der Goldmark und Kettenhandel durch die

Bestimmungen ausgeschlossen werden. Das möchte ehemals der Fall

bei der unferm heutigen Mangel an Getreide, und der Unfähigkeit,

große Mengen im Ausland zu kaufen, werden Mäcker und

Kettenhändler niemals von selbst aufhören. Wenn die Regierung

Maßnahmen ergreift gegen den unzulässigen Goldwert, dann

ist solche Maßnahmen mindestens ebenso notwendig gegen den

unzulässigen Handel mit Zahlungsmitteln. Das Brot macht im

Arbeiterhaushalt allein schon 10% aus, daß davon die Lohnhöhe

abhängig ist. Geht man dem Brotwucher nicht zu Leibe, dann

bleibt die Arbeitslohnung in kürzester Zeit wieder zum Teufel, weil

die Arbeiter unbedingt mehr Lohn haben müssen, als sie ehemals

in Geld gehabt haben. Dann aber geht die Entwicklung von

neuem los, an der die Arbeiter und Arbeiter in letzter Zeit so

unendlich Freude gehabt haben.

Herunter mit den Preisen, auf den Friedensstand! Das ist

heute die wichtigste Forderung, neben der Angleichung auch der

Bezüge an den Friedenslohn.

Die Preisberechnung nach Goldmark.

Die Geschäftslente haben nun ihre Preise reflexlos auf die

Goldmark eingestellt. Das ergibt bei manchen Waren ein ganz

regelmäßiges Bild. Tatsache ist aber, daß infolge dieser Be-

rechnung die Waren bedeutend über Friedenspreise stehen und

das zweitens nur noch sehr wenige diese Preise bezahlen können,

da ihre Einnahmen nicht auf der Goldbasis stehen. Als er-

hebender Umstand kommt auch noch hinzu, daß sowohl kleine

Geschäftsleute als auch Standinhaber der Markthalen so wenig

mit dem wertbeständigen Geld beiseite wissen, wie ein großer

Teil der Verbraucher. Das schlägt natürlich oft sowohl zum

Schaden des einen, als auch des anderen Teiles aus. Am

Montag vormittag rief die Ausweisung in Goldmark

bei den Verbrauchern großen Unwillen hervor; denn nun haben

sie so recht, wie wenig sie für das Papiergeld kaufen können. So

zählte das Pfund Margarine 80 und 90 Goldpfennige oder

100 Milliarden. Butter schätzte sich wohl ihren Preis

in Goldmark anzugeben, da er ganz enorm über dem Friedens-

preis steht. Margarinebutter forderte heute 200 Milliarden,

was waren 200 Goldpfennige. Im Frieden zahlte man für aller-

höchste 120 Mark. Landbutter war zu 180 Milliarden

zu haben. Ei forderte 12 Goldpfennige, 12 Milliarden Mark

für das Stück. Im Frieden konnte man die schönsten

für 5 und 6 Pfennige kaufen. Das Pfund Kalb-

schmalz kostete 1 Mark. Das Pfund Schafes

20 Goldpfennige. Das Wildfleisch hatte diese Preise zum

Teil überholt. So wurden für Reh- oder Kaninchenfleisch

10 Goldpfennige gefordert und für Ziegenfleisch 100 Gold-

pfennige.

Auch die Gemüße fordern Goldpreise. Das Pfund Erd-

beeren kostete 6 Pfennige gleich 6 Milliarden; das Pfund

Erbsen 10 bis 15 Goldpfennige, der Kopf Blumenkohl bis

zu 10 Pfennige; ein ansehnlicher Rettig 10 Pfennig. Ganz

hohe Preise weisen auch die Goldmark-Berechnung auf

die Wälderfrüchte und Hülsenfrüchte auf. Das

Pfund Weizen kostete 20 und 24 Milliarden, Reis und Erbsen

28 und 30 Milliarden.

Das Pfund des beliebtesten Sirup kostet nun 35 Pfennige

gleich 35 Milliarden. Kunsthonig forderte 45 Pfennig und

Blumenmus 65 Pfennig. Ein Pfund Apfel oder

Birnen kann man für 15 bis 70 Goldpfennige erzielen; das

sind 15 bis 70 Milliarden das Pfund.

Das Bedürfnis ist unendlich groß, alles möchte gern kaufen;

aber nur wenige haben genügend viel Geld.

Die „Schlesische Zeitung“

So schreibt uns ein im bürgerlichen Lager lebender Angestellter,

gibt bekanntlich an allem Unheil in Deutschland den „Marxisten“

Schuld, die seit 1919 doch niemals die parlamentarische Mehrheit

oder die Mehrheit in irgend einer Reichsregierung hatten. Die

Marxisten sind nach der „Schlesischen“ jetzt sogar Schuld daran,

daß die Arbeiter und Angestellten durch die Geldentwertung

nichts mit den Löhnen den Preisen nachgekommen sind. So zu

lesen in der Sonntagsbeilage der „Schlesischen“ gegen die „Volkswacht“

„Können wir unseren Augen trauen? Hat also die

„Schlesische Zeitung“ immer für Goldpreise gekämpft und die

„Volkswacht“ dagegen, während wir immer glaubten, es wäre

umgekehrt gewesen? Ist die „Volkswacht“ jetzt für Preis-

erhöhungen innerhalb der Goldrechnung (so nein! Red.) und die

„Schlesische“ dagegen? Dann könnte man ja geradezu hoff-

nungsvoll werden, da ja die „Schlesische Zeitung“ die Meinung

vertritt sie die eben angegebene Meinung aber nur in der Aus-

sageinrichtung mit der „Volkswacht“. Im Leitartikel da-

gegen erklärt sie Mehrarbeit ohne Mehrlohn für not-

wendig und begründet die Preiserhöhungen mit

dem Mangel an Ware, als ob sie nie etwas von den

vollen Schauern des Grafen Westarp gehört hätte. Jetzt

wissen wir also wenigstens, wie die Wirtschaftspolitik der starken

Männer aussehen würde, nach denen die „Schlesische Zeitung“

zweimal die Woche ruft. Selbst dem gemäßigtesten hiesigen

Journalisten ist dabei Angst und Schauer geworden und ebenso meinen

Freunde, die nicht „marxistisch“ sozialistisch organisiert sind, aber

jetzt recht wohl wissen, daß sie als Angestellte in wirtschaft-

lichen Fragen immer noch eher mit der Sozialdemokratie

als mit den Deutschnationalen „Koalitionspolitik“ treiben können.

Der Preis der Volkswacht

beträgt auch heute und morgen für diese Woche noch 40 Milliarden,

auch wenn sich inzwischen das Verhältnis zwischen Gold- und

Papiermark ändern sollte. In den folgenden Wochen soll der

Preis für die ersten drei Tage fest bleiben, in Rücksicht darauf,

daß manche Leser am Montag nicht bezahlen können, und dies

erst Dienstag oder Mittwoch tun. Erst von Donnerstag ab soll

die etwa notwendige Aufwertung des Preises erfolgen. Damit

glauben wir den Bedürfnissen und Wünschen der Leserschaft weit-

gehendst entgegengekommen zu sein, und ihnen die Zahlung

wesentlich erleichtert zu haben. Eszenischweise hat unsere

Verlagsanstalt die Verhältnisse unseres Platzes richtig zu würdigen

gewußt. Der Übergang zum Goldpreis ist nur mit wenigen

Abstellungen einhergegangen, und auch diese Leser und

Leserinnen hoffen wir bald zurückzugewinnen. Dann aber soll

es erneut vorwärts gehen, was sicher der Fall sein wird, wenn

die „Volkswacht“ im letzten Wochenhaushalt der Arbeiterfamilie

wieder ihren festen Platz einnimmt, und Preiserhöhungen nicht

mehr erfolgen.

Arbeiter-Sekretariat.

Die Dienstverteilung im Arbeiter-Sekretariat muß infolge von

Arbeitsaufhebung für die vorhandenen Kräfte geändert werden. Die

Sprechstunden finden daher von heute ab täglich nur von

4-7 Uhr nachmittags statt. Sonntags und Sonntags bleibt das

Büro geschlossen.

Es wird gebeten, von dieser Veränderung in den angeschlossenen

Mitgliedertreffen wiederholt Mitteilung zu machen, damit die Besucher

des Sekretariats nicht unnötig weite Wege zurücklegen, oder ihnen

gar hohe Fahrtkosten für die Straßenbahn zwecks entstehen.

Das 2. Orchesterkonzert

heute Abend im großen Saale des Gewerkschaftshauses, unter Leitung

von Hermann Behr bringt Werke von Haydn und Mozart.

Eintrittstickets sind noch an der Abendkasse zu haben.

Geldhändler verboten.

Vom Reichsschutzverband für Handel und Gewerbe, Landes-

verband Schlesien, wird uns folgendes mitgeteilt:

Nach Verhandlungen mit den maßgebenden Stellen ist es laut

Verordnungen über den Handel mit Goldanleihe verboten,

Goldanleihe und Dollarkausamweisungen, aber auch das schlesische

Goldnagel anders in Zahlung zu nehmen, als zum offiziellen

Kurs, wie er täglich bekannt gemacht wird. Es ist auch ver-

bieten, höhere Preise als den öffentlichen Kurs anzubieten

oder bekannt zu geben, daß bei Zahlung in Goldmark oder Gold-

anleihe Rabatt bewilligt wird. Die Goldmark ist unbedingt an-

zunehmen, aber auch die Papiermark ist noch gelegentlich Zahlungs-

mittel, muß infolgedessen von Kleinhandel und Handwerk, aber auch

von Großhandel und den Fabrikanten unbedingt angenommen werden

und zwar zum amtlich bekanntgemachten Kurse. Zuwiderhandlungen

unterliegen einer Bestrafung. Nach Vereinbarung soll täglich um

3 Uhr der neue Kurs festgelegt sein, und dieser ist bis zum nächsten

Tag wieder um 3 Uhr maßgebend für alle in Betracht kommenden

Stellen. Die Banken werden ersucht, durch Anschläge an den Zeitern

immer den offiziellen Kurs nachmittags zwischen 2 und 3 Uhr

bekannt zu geben.

Zu der Einwendung über die „Zustände in der

Provinzialgenossenschaftsbank“

geht uns aus Angestelltenreisen der Bank noch eine weitere Dar-

stellung zu, die den Abteilungsleiter Krusch insoweit in

Schutz nimmt, als seine kritisierten Umgestaltungsmaßnahmen

einem schlesischen Vorgesetzten gegen Angestellte über die Grenzen des

von Angestelltenstandpunkt aus zu fordernden hinausgegangen

seien. Ueberstunden seien in der Provinzial-Genossenschafts-

bank bis vor einiger Zeit bezahlt worden, würden

allerdings neuerdings nicht bezahlt; doch sei das

von den Angestellten zugegeben worden, weil die

Räume, die zur Verfügung stehen, eine Mehrereinstellung von An-

gestellten nicht zuließen und daher das vorhandene Personal die

andringende Arbeit ohne Mehrereinstellung bewältigen müßte. An

dieser Maßnahme sei Herr Krusch nicht beteiligt.

Wir geben diese Darstellung wieder, weil es uns nicht auf

den Vorwurf Krusch ankommt, sondern auf die gesamte Arbeit-

geberhaltung der Bank. In der Ueberstundenfrage wird

unsere Darstellung hier derartig dargestellt. Die Einigung der An-

gestellten mit der Direktion geht auf Kosten der Arbeits-

losen Angestellten. Leider geben sich, wie wir festgestellt

müssen, auch andere noch besser gestellte Banken zu derartig un-

sozialen Maßnahmen her, obgleich gerade die Banken durchna-

zurzeit neben Agrariern und Schwerindustriellen am besten

verbreiten.

Eine proletarische Feierstunde

veranstaltet die sozialistische Jugend Breslaus anlässlich der Wieder-

kehr des 9. November am Sonntag, den 10. November, abends

8 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses. Der Bedeutung

des Tages wird in einem würdevollen Programm mit Musik,

Rezitationen und Chorgesang gedacht werden. Gedächtnis-

Dr. Waldemar v. Gumbkow. Da uns unsere Umwelt nicht

gestattet, das Programm drucken zu lassen, wird es in der Freitag-

nummer der „Volkswacht“ veröffentlicht. Zur Deckung der Saal-

kosten wird ein Betrag von 5 Milliarden für Erwachsene und

500 Millionen für Erwerbslose und Jugendliche erhoben. Einlaß-

karten sind in der Volkswacht-Buchhandlung, bei den Jugend-

funktionären und an der Abendkasse zu haben. Partei- und Ge-

sinnungsfreunde, vor allem aber Jhr, republikanische Jugend, sorgt

für Massenbesuch.

\* Erhöhung der preussischen Stempelsteuern. Der Preussische

Preussische Pressedienst teilt mit: Mit Wirkung vom 1. November 1923

ab hat der Preussische Finanzminister auf Grund des Gesetzes vom

25. Juli 1923 folgende Abänderungsvorschläge erlassen: Alle festen,

nicht in Bruchteilen des Wertes ausgedrückten Stempelpflichte einschließ-

lich aller Pöschel- und Mündelstempel, welche bisher bereits auf das

20 Millionenfache erhöht waren, werden weiter auf das 9 Milliarden-

fache der ursprünglichen Tarifhöhe erhöht. Hierbei wird jedoch der

aus der Erhöhung des im Stempeltarif für Ausfertigungen,

Notariatsurkunden, Zeugnisse usw. vorgeschriebenen Stempels von

3 Mark sich ergebende Betrag auf 25 Milliarden Mark abgerundet.

Die allgemeine Freigrenze für Urkunden über nach Geld schätzbare

Gegenstände wird von 1 Milliarde Mark auf 300 Milliarden Mark

